



Energiewende

Saarland e.V.

Editorial

Liebe Leser und Leserinnen,

durch die Bundestagswahl im September ist auch in der Energiepolitik einiges in Bewegung gebracht worden. Sicher scheint, dass es kein völliges „Rollback“ in den Bereichen Erneuerbare Energien und Atom geben wird, wie es im Falle einer CDU/FDP Koalition zu befürchten stand.

Im vorliegenden Magazin gibt es Aktuelles über die Solarwärmenutzung im Saarland, ein neues Energienetzwerk, Erfolge bei Res-e-Region, einem von der Europäischen Union geförderten Projekt zu „Mehr Strom aus erneuerbaren Energien“, aber auch Antiatomaktivitäten und nicht zuletzt ein Bericht über die alltäglichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung eines Solarprojekts, allerdings gepaart mit einem



Vorschlag, wie es vielleicht gelingen könnte. Daneben stellen wir den „Solaratlas“ und eine Neuerscheinung auf dem Buchmarkt vor.

Für einige Energiewendemitglieder, die bislang sehr kostengünstig die Monatszeitschrift „Neue Energie“ beziehen, bringt das neue Jahr leider eine Verschlechterung. Die bisherigen Vorzugsbedingungen werden seitens der Herausgeber nicht mehr Aufrecht erhalten. Wir werden das neue Angebot prüfen, nach verhandeln und die betroffenen Mitglieder über die Änderungen gesondert informieren. Viel Spaß beim Lesen des vorliegenden Magazins wünscht

Christian Bersin

Woher nehmen wenn nicht stehlen: Das Dachflächendilemma

Von Verleihnix, Findnix und Verwaltix, und wie sie sich nicht einig werden

von Nicolai Zwosta

Verleihnix ist Filialleiter. Sein Lebensmittelmarkt sieht aus wie viele andere dieser Kette. Was hinzu kommt: das Giebeldach ist auf der einen Seite südexponiert, ideal für eine PV-Anlage. Die Solaranlagenbauer und Projektierer rennen Herrn Verleihnix die Bude ein. „Sie haben ja so ein tolles Dach, optimal geeignet für...“, „Sie sind doch bestimmt auch für den Umweltschutz...“ usw.. Er kann's nicht mehr hören. Allen sagt er das Gleiche: Einen Dachgestattungsvertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren und länger unterschreibt er nicht. Herr Verleihnix findet Solar ja auch gut, aber auf 20 Jahre festlegen, das geht halt gar nicht. Verleihnix weiß ja nicht mal, ob das Gebäude bis dahin überhaupt noch steht. Die Märkte sind so geplant, dass sie nach spätestens 10 Jahren abgeschlossen sind, weiter wird nicht geplant. Danach kann es jederzeit Standortverschiebungen geben; man muss heutzutage flexibel bleiben, wenn man im Business Erfolg

haben will. Das Ganze wäre aus seiner Sicht sowieso nur eine Aktion für's gute Gewissen gewesen. Der eine Euro pro Quadratmeter und Jahr, der ihm geboten wurde, hat aus seiner Sicht eher Symbolcharakter. Was soll er mit diesen Kleckerbeträgen? Was die Dachpacht in einem Jahr einbringen würde, läuft an Kasse 8 in gerade mal 10 Minuten ins Säckchen der Filiale. Nee, nee, den Ärger mit der Solaranlage schenkt er sich.

Herr Verwaltix hingegen hat Pech gehabt. Er kann nicht einfach die Arme verschränken und „njet“ sagen. Er arbeitet bei der städtischen Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft, und die Kommunalpolitik hat ihm die Fotovoltaikanlagen quasi auf's Auge gedrückt. Er ist für eine ganze Reihe von Schulen verantwortlich, die ohnehin schon mehr als genug Ärger machen.

Da haben ihm die Solaranlagen gerade noch gefehlt. Und das nur, weil der blöde Stadtrat beschlossen hat, städtische Flächen umsonst für Solaranlagen zur Verfügung zu stellen. Umsonst, dass muss man sich mal vorstellen. Weil die Stadt chronisch pleite ist, soll die Wohnungsbaugesellschaft privatwirtschaftlich und kostendeckend arbeiten. Nur Dachpacht verlangen, das darf sie nicht. „Na wartet, ihr Solarfreundchen,“

denkt sich Verwaltix, „euch werd ich's zeigen. Wir werden ja sehen, ob ihr Spaß daran habt, Solaranlagen auf unseren Gebäuden zu errichten. Erst nix zahlen, und dann auch noch Ansprüche stellen. Von wegen verschattungsfrei halten, ihr könnt mich mal.“

Findnix von der örtlichen Solarinitiative hat da einen ziemlich schweren Stand. Er zieht von Gebäudeeigentümer zu Gebäudeeigentümer....

Darum unser Vorschlag: Das Münchner Modell

Dieses Modell für die Nutzung von öffentlichen Dachflächen durch Solaranlagenbetreiber sieht eine einmalige Zahlung zugunsten des Dacheigners vor, die mit der Vertragsunterzeichnung fällig wird. Hier wäre eine Größenordnung von z.B. 2.500 € für eine 50 KWp Fläche denkbar.

Diese Vorgehensweise hat folgende Vorteile:

- Der einmalige Betrag ist so hoch, dass der Gebäudeeigentümer etwas damit anfangen kann, z.B. könnte ein Einrichtungsgegenstand für die Schule, auf der die Solaranlage gebaut wird, angeschafft werden. Eine jährliche Pachtgebühr von z.B. 5 -10 €/KWp verschwindet hingegen fast unmerklich in der Haushaltskasse.
- Bei der Einmalzahlung entsteht der Verwaltungsaufwand auch nur einmal. Die Zahlung einer jährlichen Dachpacht verursacht hingegen beiden Seiten einen Verwaltungsaufwand, der in keinem Verhältnis zur Höhe der geleisteten Zahlung steht.
- Die Einmalzahlung erhält der Dacheigentümer zeitlich auch dann, wenn er den Aufwand mit der Solaranlage hat, nämlich zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses mit dem damit verbundenen Verwaltungsaufwand.
- Der Anlagenbauer kann die Einmalzahlung in die Finanzierung der Gesamtinstallation mit aufnehmen.

Drum liebe Verantwortlichen in den Gemeinden und Landkreisen, überlegen Sie doch, ob dies ein geeignetes Modell für die Vergabe von Dachflächen für Sie sein könnte. Gerne realisieren wir eine bürgerschaftlich organisierte Solaranlage auch an ihrem Ort.

Nicolai Zwosta,
Bürgerkraftwerke Saarland e.V.

Kontakt:
Bürgerkraftwerke Saarland e.V.
c/o Institut für ZukunftsEnergieSysteme
Tel.: 0681/9762-848

Ihr Partner in Fragen Energieeinsparung



**Energieberatung
Peter Wünsch** Dipl.-Ing. / Energieberater

- Energiekonzepte
- Wärmeschutz
- Heizungsanlagen
- Erneuerbare Energien
- Nachweise Bafa, KfW, EnEV

Schlachthofstr.11a, 66290 Sulzbach
www.energieberatung-wuensch.de

Tel: 0 68 97/7 78 93 17
Fax: 0 68 97/ 7 78 93 20

Endlich Daten über Sonnenkollektoren – der Solaratlas macht's möglich

Von Christoph Urbschat, Anja Schlieder und Christian Bersin



Im Saarland sind in den vergangenen Jahren eine große Zahl von Sonnenkollektoren auf den Dächern gebaut worden. Doch was jedem Spaziergänger auffallen mag, ließ sich statistisch nicht beweisen – mangels Datengrundlage. Das hat sich jetzt geändert, dank dem „Solaratlas“.

Um die Solarwirtschaft, Solarinitiativen und andere Akteure bei ihrer Recherche und Auswertung von Marktdaten zu unterstützen, wurde die Online-Datenbank Solaratlas entwickelt. Die Datenbank enthält Daten und Fakten über die Entwicklung von Verkaufszahlen für Solaranlagen in einzelnen Städten und Gemeinden und damit wertvolle Informationen für die Bewertung von Solarkampagnen und Solarinitiativen. Bis dato mussten zuverlässige Marktdaten meist sehr aufwändig recherchiert und ausgewertet werden. Der Solaratlas stützt sich auf mehr als 400.000 statistisch ausgewertete Förderanträge aus dem Marktanreizprogramm (MAP) für Solarthermie des Bundesamts für Wirtschaft (BAFA). Für alle Förderanträge von Januar 2001 bis heute sind Abfragen aus diesem Datenbestand über den Online-Dienst möglich. Zudem wird der Datenbestand jeden Monat um alle neuen Förderanträge aus dem Förderprogramm erweitert.

Bereits im Frühjahr 2002 entstand in Gesprächen der Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft e.V. (UVS), der Solarindustrievereinigung eclareon GmbH, dem Online-Dienstleister Sunbeam GmbH und dem BAFA die Idee für das Projekt Solaratlas. Noch in 2002 wurde ein erstes Konzept für das Portal erarbeitet. Anhand des Portals sollte der Datenbestand aus dem MAP sowohl der Solarwirtschaft als auch der interessierten Öffentlichkeit jederzeit interaktiv über das Internet zugänglich gemacht werden.

In enger Abstimmung mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) und dem BAFA wurde schließlich das Online-Portal in den Jahren 2003 und 2004 entwickelt. Dabei ist die dena (Deutsche Energie-Agentur GmbH) Träger des Projekts, während sich die UVS für den laufenden Betrieb des Dienstes verantwortlich zeigt. eclareon und Sunbeam setzten das Portal fachlich und technisch um und betreuen heute bereits über 400 Solaratlas-Nutzer in allen Fragen der Recherche und Auswertung. Da für den Solaratlas keine öffentlichen Fördermittel in Anspruch genommen wurden, erfolgt die Finanzierung des Portals ausschließlich durch Gebühren für dessen Nutzung. Das Portal arbeitet dabei nicht gewinnorientiert. Seit 1. Juni 2005 ist der Dienst unter www.solaratlas.de deutschlandweit freigeschaltet.

Im Portal findet die interessierte Öffentlichkeit eine kostenlose Basisversion mit bundesweiten Statistiken aus dem Förderprogramm, die man selbst zusammenstellen kann. Daneben existiert eine speziell für die Solarwirtschaft, für lokale Solarinitiativen und andere Akteure entwickelte gebührenpflichtige Profiversion mit vielfältigen Möglichkeiten der Recherche.

Nutzer der kostenpflichtigen Profi-Version können vielfältige Marktinformationen individuell nach eigenen Bedürfnissen auswerten und grafisch aufbereiten. Demnach sind nicht nur der PLZ-Standort jeder einzelnen Solaranlage sowie die installierte Kollektorfläche abrufbar, sondern ebenso die getätigten Investitions- und die ausgezahlten Fördersummen. Ferner sind die jeweiligen Antragsteller (z. B. privat, gewerblich), der eingesetzte Kollektortyp (Flach-, Röhren-, Luftkollektor) sowie die Nutzungsart der Solaranlage (Warmwasserbereitung, Heizungsunterstützung/ Raumheizung, Prozesswärme) erfasst.

Dabei sind zunächst die Zielregion und der Zeitraum anzugeben. Zudem wird im ersten Schritt festgelegt, ob sich die Abfrage auf beantragte, bewilligte, realisierte oder ausgezahlte Solaranlagen aus dem MAP bezieht. Anschließend werden die gewünschten Marktdaten festgelegt, z.B. die Anzahl der in Betrieb genommenen Solaranlagen, aufgeschlüsselt nach Postleitzahlen.

Ebenso individuell wie die Möglichkeiten der Abfrage gestalten sich die Gebühren für die Nutzung des Solaratlas. Innerhalb der Profiversion kann zwischen zwei Zahlungsmodalitäten gewählt werden:

Beim Pay per view Modell wird jede durchgeführte Abfrage online bezahlt. Dabei errechnet sich der Preis aus dem Umfang einer Abfrage (0,16 € brutto pro Datensatz). Vor Ausgabe der Abfrage wird jeweils der Gesamtpreis angezeigt, wobei eine Änderung des Abfrageumfangs noch immer möglich ist. Erst nach endgültiger Bestätigung der Abfrage durch den Nutzer werden die gewünschten Daten ausgegeben und die Marktinformation wird gebührenpflichtig.

Anders verhält es sich bei der Flatrate. Hierbei entrichtet der Nutzer eine einmalige Gebühr und erhält im Gegenzug einen passwortgeschützten Zugang für das Online-Portal, mit dem der gesamte Datenbestand uneingeschränkt genutzt werden kann.

Fazit

Solaratlas ist ein neues, speziell für die Solarwirtschaft und Solarakteure entwickeltes Online-Portal mit umfassenden Informationen über den deutschen Solarthermiemarkt. Kommunen, Solarinitiativen und andere Organisationen und Institutionen können mit Hilfe des Solaratlas auf Knopfdruck vom PC aus kostengünstig und sehr komfortabel die Wirksamkeit ihrer regionalen Marktaktivitäten kontrollieren.

Sonnenkollektorkommune Nr.1 im Saarland: Tholey

Der Solaratlas macht es möglich. Die im Zeitraum 2001 bis 2005 erbauten Sonnenkollektoren sind erfasst und zugänglich. Insgesamt 4024 Kollektoren mit 31.070 Quadratmeter Fläche wurden vom 1.1.2001 bis 31. Juli dieses Jahres im Saarland errichtet und ernten nun umweltfreundlich Sonnenenergie zur Warmwasserbereitung und zur Heizungsunterstützung. Bei der installierten Fläche pro Einwohner hat dabei Tholey die Nase vorn. 6,895 Quadratdezimeter je Einwohner bringen die Schaumberggemeinde knapp vor Perl mit 6,822 dm² je Einwohner und Nonnweiler mit 6,243 dm² je Einwohner. Auf den weiteren Plätzen folgen Schiffweiler (5,83), Freisen (5,693) und Mandelbachtal (5,665). Nicht erfasst sind leider die Altanlagen vor dem Stichtag 1.1.2001. In der Solarbundesliga werden sich die Saargemeinden aufgrund der nun vorliegenden Daten deutlich nach oben bewegen. Die Energiewende wird in der nächsten Ausgabe ausführlich darüber berichten.

Kontakt: Christoph Urbschat, Anja Schlieder
eclareon GmbH, Stresemannstr. 33, 10963 Berlin,
Tel. 030-246 286 90, Fax 030-246 286 94,
cu@eclareon.com, as@eclareon.com,
www.eclareon.com

Start des Netzwerks Energiewende

Von Peter Wunsch

Nunmehr zweimal hat sich das Netzwerk Energiewende im Haus der Umwelt Saarbrücken getroffen. In lockerer Atmosphäre haben sich Mitglieder der Energiewende über Projekte, Neuigkeiten und Trends in den Bereichen Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und erneuerbare Energien im Saarland und Umgebung ausgetauscht. Hierbei standen die Themen Photovoltaik, Hackschnitzelheizungen, Solarthermie und Brennstoffzellenfahrzeuge im Vordergrund.

Neben der gegenseitigen Information verfolgt das Netzwerk das Ziel, Möglichkeiten einer wirklichen Energiewende zu überdenken und hieraus Strategien zur Umsetzung zu entwickeln. Mit wirklicher

Energiewende ist der schnelle Übergang vom derzeitigen fossil-atomaren Energiesystem in ein System, das auf erneuerbaren Energien basiert, gemeint. Hierzu werden die Netzwerkteilnehmer zu ihrem nächsten Treffen erste Vorschläge erarbeiten. Ziel ist es, eine realistische Vision für das Netzwerk zu entwickeln.

Um den Kreis der Informierten und den Sachverstand zu erweitern, freut sich das Netzwerk über jeden neuen Teilnehmer, der Mitglied der Energiewende ist. Aber auch externe Besucher sind herzlich willkommen. Sollten Sie Interesse an einer Teilnahme haben, schicken Sie bitte eine email an: peterwinwunsch@aol.com.

Europäisches Projekt RES-e-regions für mehr Strom aus erneuerbaren Energien kommt gut an im Saarland

von Barbara Dröschel und Nicola Sacca



Das Saarland ist schon ziemlich gut bei der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien. Hier wird vor allem aus Windkraft, Sonne und Wasser Strom erzeugt. Dabei haben Wind und Photovoltaik in den beiden letzten Jahren erheblich zugelegt: Beim Wind von damals 22 MW auf heute 56,8 MW und bei PV von 3,1 MW auf 8,5 MW. Glücklicherweise wird auch die neue Bundesregierung an den Einspeisevergütungen des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) im Wesentlichen nichts ändern. Dadurch bleiben Anlagen zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren weiterhin interessant und können bei richtiger Planung und Installation wirtschaftlich betrieben werden.

Diese Entwicklung bringt auch das Projekt der IZES gGmbH, ein Zusammenschluss aus AZES, der früheren saarländischen Energieagentur und IZES, dem Institut für ZukunftsEnergieSysteme, weiter voran. Im Sommer wurde ein Wettbewerb für Kommunen gestartet, der bis Sommer 2006 laufen wird. Es können alle saarländischen Kommunen teilnehmen, Anmeldeformulare können per e-mail zugeschickt oder auf der Internetseite der ehemaligen AZES www.azes.de herunter geladen werden. Es geht darum, den Anteil kleiner und mittlerer Anlagen bis 100 KW Anschlussleistung auf dem Gemeindegebiet zu erhöhen. Jede Gemeinde, die sich beteiligt, erhält eine kostenlose Fachberatung zum weiteren Ausbau von Anlagen auf ihrem Gebiet. Als Preise werden zwei 1 kW Fotovoltaikanlagen zur Verfügung gestellt, die auf einer gemeindeeigenen Dachfläche schlüsselfertig installiert werden.

Bislang haben sich zwölf Gemeinden zur Teilnahme am Wettbewerb gemeldet. Weitere Anmeldungen sind willkommen.

Um über die neuesten Projekte und Entwicklungen als Folge des EEG zu informieren und zu diskutieren, bietet IZES mit Partnern eine Veranstaltung über die „Auswirkungen des EEG auf die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien“ am Donnerstag, dem 1. Dezember an. Hierzu werden gerne noch Anmeldungen angenommen. Für Kommunen und andere öffentliche Verwaltungen ist die Veranstaltung kostenlos. Es werden gelungene Beispiele von Stromerzeugung aus Biomasse vorgestellt, das BMU stellt die Erfolge des EEG dar und in einer anschließenden Podiumsdiskussion hat das Publikum Gelegenheit, die Lenkungseffekte des EEG mit Vertretern aus

Wirtschaft, Forschung und Verwaltung zu diskutieren. Das Programm mit Anmeldeformular ist auf der Internetseite des IZES www.izes.de unter Aktuelles erhältlich. Es kann auch per e-mail zugesandt werden.

Das Projekt wird aus dem Programm Intelligent Energy Europe von der Europäischen Kommission und dem saarländischen Umweltministerium gefördert.

Kontakt:

AZES, ab sofort IZES gGmbH
Barbara Dröschel, Nicola Sacca
Tel.: 0681-9762 852, -174
Fax: 0681 – 9762 850
e-mail: droeschel@izes.de, sacca@izes.de
www.azes.de, www.izes.de

Impressum

Hrsg: **Energiewende** Saarland e.V.
Postfach 10 04 10, 66004 Saarbrücken
Büroadresse:
Evang.-Kirch-Str. 8, 66111 Saarbrücken
Tel./Fax 0681-3798751,
email: ew-saar@web.de
Bankverbindung:
Bank 1 Saar eG, BLZ 591 900 00,
Kto.Nr. 658 990 00

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder.

Kontaktadressen:

Fotovoltaik: Christian Bersin, Tel. 0681-473546, ChrisBersin@web.de
Biomasse: Heiko Hoff, E-mail: hhoff@gmx.de
Windkraft, Beteiligungsmodelle:
Thomas Nägler Tel. 06861 - 8390130,
E-mail:
Thomas.naegler@oekostrom-saar.de
Energiepolitik: Simone Peter
E-mail: Simone.peter@ikee.info
Kraftwärme-Kopplung,
Energieeinsparung:
Peter Wunsch, Tel. 0681-8390463,
E-mail: p.wuensch@ezet-energie.de

Bei einer Auftaktkundgebung in Karlsruhe protestierten 300 Menschen gegen Atomenergie und den Atommülltransport nach Gorleben. Und am 5.11.05 demonstrierten rund 7000 Menschen in Lüneburg gegen den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke und für den forcierten Ausbau der Erneuerbaren Energien. Sie wollten mit ihrem Protest deutlich machen, dass das von den Stromkonzernen geforderte Festhalten an der Atomenergie von einer klaren Mehrheit in der Gesellschaft abgelehnt wird. Die Demonstration war ein Signal an die Regierung von Union und SPD, angesichts unlösbarer Entsorgungsprobleme und ständiger Unfallgefahren endlich auf die Atomkraft zu verzichten. Stattdessen soll nach dem Willen der DemonstrantInnen stärker auf die vorhandenen Alternativen – Erneuerbare Energien, Energiesparen und Energieeffizienz – gesetzt werden.



Demo
Karlsruhe
29. Okt.
2005

Zu den Protesten hatten 40 Organisationen aufgerufen, darunter Anti-Atom-Initiativen, Umweltverbände, Förderer Erneuerbarer Energien, Friedensgruppen und GlobalisierungskritikerInnen. Sie verstehen die Demonstration auch als Auftakt einer neuen Protestbewegung gegen die Energiepolitik der großen Koalition. Fortgesetzt wurden die Aktionen beim nächsten Castor-Transport in die oberirdische Atommüll-Lagerhalle nach Gorleben vom 19. bis 22. November. Renate Backhaus, Atomexpertin im BUND-Bundesvorstand erklärte bei der Kundgebung: „Knapp 20 Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl scheinen die verheerenden Folgen der Atomkraft keine Rolle mehr zu spielen. Es werden wieder Profitinteressen über die Gesundheitsinteressen der Bevölkerung gestellt. Allen Lobbyisten der Atomkraft sei es ins Stammbuch geschrieben: Nur ein abgeschaltetes Atomkraftwerk ist ein sicheres AKW!“ Fabio Longo, Vorstandsmitglied von Eurosolar ergänzte: „Bezogen auf den Gesamtenergieverbrauch liegen die Erneuerbaren Energien in diesem Jahr zum ersten Mal vor der Atomenergie. Ohne den Druck der



Anti-AKW-Bewegung wäre der Kampf für Energiealternativen aussichtslos. Niemand braucht für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien längere Laufzeiten für Atomkraftwerke. Im Gegenteil: je schneller wir aussteigen, umso schneller können wir einsteigen, die Technik steht bereit.“

Stefan Simon von der örtlichen Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg betonte abschließend: „Jeder neue Transport in die oberirdische Gorlebener Zwischenlagerhalle zementiert den dortigen Endlagerstandort! Besonders jetzt wo in den Koalitionsverhandlungen über unsere Köpfe hinweg über unser Schicksal entschieden wird! Wir waren mit dem sogenannten Ausstieg der rot-grünen Regierung nicht zufrieden. Aber es kann noch schlimmer kommen, und dagegen müssen wir zusammen kämpfen! Kommt wieder auf die Straße, wenn der Castor rollt!“

Die Polizeidirektion Lüneburg hat zwei Wochen vor dem Transport eine erneute Allgemeinverfügung über eine räumliche und zeitliche Beschränkung des Versammlungsrechts im Zusammenhang mit dem geplanten Castortransport nach Gorleben bekannt gegeben. Damit sind selbst angemeldete Demonstrationen in einem Korridor von 70 km Länge und bis zu 1 km Breite verboten. Die Demonstrationsverbotszone ist für Spontanversammlungen vom 19. bis 29.11.05 und angemeldete Versammlungen vom 21. bis 29. November anberaumt. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg fordert stattdessen von den Verantwortlichen in Atomindustrie und Politik ein „Atommüllproduktionsverbot, statt ein Demonstrationsverbot“. „Nicht die Menschen im Wendland sind gefährlich, sondern die Atomkraftwerke und ihre radioaktiven Hinterlassenschaften“, kritisiert der BI-Sprecher.

Inzwischen wurden die Koalitionsverhandlungen abgeschlossen, der sogenannte Atomkonsens soll demnach bestehen bleiben, in der konservativen atomfreundlichen Zeitung „Die Welt“ heißt es dazu: „Der zwischen Bundesregierung und Energiewirtschaft im Juni 2000 geschlossene Atomkonsens werde von beiden Seiten "zur Kenntnis" genommen“ und weiter: „die Frage des Atomausstiegs könne zunächst ausgeklammert werden, weil es "keinen akuten Handlungsbedarf" gebe. Möglich sei, dass der Streit zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufbreche.“

Eins ist neben dem Restrisiko also sicher: politischer Druck für einen Atomausstieg, der diesen Namen wirklich verdient bleibt dringend notwendig. Antiatom-Initiativen haben dafür beispielsweise die Kampagne www.ausgestrahlt.de gestartet, die viele Möglichkeiten sich zu engagieren aufzeigt. Siehe auch: www.erneuerbare-statt-atom.de und www.castor.de.

Mahnwachen zum Gedenken an Sébastien Briat

Etwa 100 Menschen gedachten bei Mahnwachen in Karlsruhe, Mannheim, Bietigheim und Ulm des beim CASTOR-Transport 2004 tödlich verunglückten Sébastien Briat. (www.castor-stoppen.de) Weitere Mahnwachen fanden auch in anderen deutschen Städten statt. Bei einer Kundgebung in Mannheim erklärte Eric Tschöp von den südwestdeutschen Initiativen, dass Sébastien Briat kein Märtyrer sei. "Er war sich der Risiken bewusst und versuchte, sie durch gründliche Vorbereitung so gering wie möglich zu halten. Dies ist trotz aller Vorsicht schief gegangen".

Sébastien Briat gehörte zu einer Gruppe französischer AtomkraftgegnerInnen, die am 7. November 2004 den CASTOR-Zug stoppen und mit einer Ankettaktion an der Weiterfahrt hindern wollten, um so auf die Gefahren der Atomenergie aufmerksam zu machen. Durch eine Verkettung unglücklicher Umstände und die Missachtung elementarer Sicherheitsgrundsätze

durch die für den Transport Verantwortlichen wurden die AktivistInnen von dem mit 100 km/h deutlich zu schnell fahrenden Zug überrascht. Sébastien Briat schaffte es nicht rechtzeitig von den Gleisen wegzukommen und wurde vom Luftwirbel unter den Zug gezogen.

Auch in Frankreich fanden in zahlreichen Städten Mahnwachen und Aktionen statt. Aktivisten der Gruppe "Tchernoblaye" (Verballhornung des Ortsnamens Blaye, Namensgeber für das AKW Blayais) besetzen den Atommüll-Verladebahnhof St. Yzan. Dort werden die Atommülltransporte vom AKW Blayais vom LKW auf die Bahn verladen. Sie hängten zwei Transparente an einen Tieflader, der für Brennelementtransporte verwendet wird. Eines erinnerte an den Tod von Sébastien, ein anderes an die andauernden Atomtransporte, die u.a. mitten durch die Großstadt Bordeaux gehen.

<http://tchernoblaye.free.fr/7nov2005/7nov2005.htm>

Atommülllager im benachbarten Lothringen?

Im lothringischen Bar-le-Duc fand Ende September eine der bislang größten Demonstrationen gegen die geplante Lagerstätte für hoch radioaktiven Müll in Bure statt. 6000 Menschen aus ganz Frankreich, aber auch aus Deutschland, Belgien, der Schweiz und den Niederlanden versammelten sich und legten sich zeitweise zu einem Menschenteppich auf die Straße.

Wie Deutschland hat auch Frankreich bisher keine Entsorgung des über mehrere zehntausend Jahre strahlenden Mülls. Im Auftrag der Regierung prüft ANDRA (Nationale Agentur für die Behandlung radioaktiver Abfälle) nahe der 80-Seelen-Gemeinde Bure, ob die dortigen Tonschichten für ein Endlager geeignet sind. Rund 450 Millionen Euro hat Paris bereits in dieses sogenannte „Forschungslabor“ investiert und etwa

17 ha Gelände ausgebaut. Dieses Jahr veröffentlichte die ANDRA eine vorläufige Studie, die die "prinzipielle Machbarkeit" schon vor einem Ende der Forschungen attestiert. 2006 soll das französische Parlament entscheiden.

Trotz geologischer Verwerfungen und Erdbebengefahr wird ein Endlager zur Absicherung der weiteren atomaren Stromerzeugung von der Regierung favorisiert und von der Nuklearindustrie gemanagt. Die Gegner fordern statt Alibi-Anhörungen ein Referendum und renovieren inzwischen ein Widerstandshaus in Bure.

(<http://burestop.free.fr/>)

Energiemarkt Deutschland

9.te Auflage mit detailliertem Überblick über Akteure, Strukturen und Entwicklungen

gelesen von Chris Bersin

Wie kommen Energiepreise zustande? Wer bestimmt das Geschehen auf dem Energiemarkt? Wie sehen die Prognosen für den künftigen Energieverbrauch aus?

Die 9.te, völlig aktualisierte Auflage des beim TÜV-Verlag erschienenen Titels „**Energiemarkt Deutschland**“ liefert wichtige und ausführliche Grundlagen zum Thema. Das Buch erläutert die Angebots- und Nachfragestrukturen und beschreibt die Mechanismen der Preisbildung in den einzelnen Energie - Teilmärkten für Öl, Braunkohle, Steinkohle, Erdgas, Elektrizität und Erneuerbare Energien. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Analyse des Energieverbrauches in den Sektoren Industrie, Verkehr, Haushalte und Gewerbe / Handel / Dienstleistungen. Hierzu wird die aktuelle Entwicklung der letzten Jahrzehnte dokumentiert und durch eine kritische Gegenüberstellung der Zukunftsprognosen verschiedener Wirtschaftsinstitute ergänzt. Darüber hinaus dokumentiert das Buch die gesetzlichen Rahmenbedingungen und vergleicht die energiepolitischen Leitlinien aller im Bundestag vertretenen Parteien.

Auf knapp 550 Seiten und mit 111 Tabellen, 120 Schaubildern sowie einem umfangreichen Glossar gibt „**Energiemarkt Deutschland**“ einen gründlichen Überblick über die Materie. Das Buch liefert detaillierte Fakten und kombiniert sie mit einer verständlichen und nüchternen Darstellung der strukturellen Zusammenhänge. Es wendet sich daher nicht allein an Energieexperten, sondern an alle Leserinnen und Leser, die an einer sachlichen Diskussion aktueller Energiefragen interessiert sind. Zwar kommen die Themen Erneuerbare Energien und alternative Mobilität noch angesichts ihrer steigenden Bedeutung etwas zu kurz im Vergleich zu den klassischen Strukturen. Der Preis von 69 € ist für das auch als Nachschlagewerk geeignete Buch zu rechtfertigen.

H.-W. Schiffer
Energiemarkt Deutschland
9., völlig überarbeitete Auflage 2005
16 x 24 cm, gebunden, 548 Seiten
69,- EUR
ISBN 3-8249-0969-3
Bestell-Nr. 90969

